

Entscheide über Zukunftsraum frühestens Ende August

Wegen Corona droht noch eine weitere Verzögerung.

Gemeindefusion «Wie gefährlich ist Corona für das Fusionsprojekt Zukunftsraum?», fragte die AZ vor einer Woche. Jetzt ist klar: Die neue Kantonshauptstadt, von Gegnern als Gross-Aarau bezeichnet, muss erdauert werden. «Die Abstimmungen zum Zukunftsraum finden nicht im Juni statt», teilten die fünf Gemeinden Aarau, Suhr, Ober- und Unterentfelden sowie Densbüren mit. Der Ersatztermin werde «gemeinsam und in Abhängigkeit der weiteren Massnahmen von Bund und Kanton zur Coronapandemie in den nächsten Wochen festgelegt».

Klar ist: Eigentlich sollten die Urnenabstimmungen über den Fusionsvertrag bis spätestens im Juni 2021 durchgeführt sein – also vor den kommunalen Wahlen im Herbst 2021. Damit dieser Zeitplan eingehalten werden kann, müssen die anstehenden Entscheide über die Fusionsanalysen bis allerspätestens in der ersten Septemberwoche gefällt sein. Geplant war, die vier Gemeindeversammlungen und die Einwohnerratssitzung zwischen dem 8. und 20. Juni durchzuführen. Weil das jetzt nicht mehr

möglich ist, kommt eigentlich nur noch Ende August/Anfang September in Frage.

Oder wird alles noch viel weiter hinausgeschoben? Interessant ist, was die Aarauer Freisinnigen, einerseits Befürworter des Zukunftsraumes und andererseits die Partei von Hanspeter Hilfiker, dem Vorsitzenden der Projektsteuerung, gestern kommunizierten. «Wir ermuntern die Projektsteuerung, den neuen Abstimmungstermin mit genügendem Abstand zur Sommerpause – vielleicht gar mit einer einjährigen Verzögerung – festzusetzen», lässt sich FDP-Co-Präsidentin Martina Suter zitieren. So werde die Abstimmung nicht zu stark von den einmaligen Ereignissen rund um Corona beeinflusst.

Ebenfalls gestern teilten der Stadtrat Aarau und der Gemeinderat Unterentfelden mit, dass sie die Weiterführung des Fusionsprojektes beantragen werden. Dies im Gegensatz zum Gemeinderat Suhr, der aussteigen möchte. Und es wurde darauf hingewiesen, dass die Fusionsperimeter-Frage nach den Gemeinde-Entscheiden nochmals diskutiert werde. (uhg)